

Home > Geopolitik > Topökonomen: Habecks Energiepolitik hat Deutschland ärmer gemacht und die AfD gestärkt

Topökonomen: Habecks Energiepolitik hat Deutschland ärmer gemacht und die AfD gestärkt

Zwei Regierungsberater gehen hart mit der Energiepolitik der Ampel ins Gericht. Es drohe der „Anfang vom Ende der industriellen Stärke Deutschlands“.



Simon Zeise

26.03.2024 | 06:00 Uhr



Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck während des Jahreswirtschaftsberichts im Januar 2024

Political-Moments/imago

Die Energiepolitik der Bundesregierung nach dem russischen Angriff auf die Ukraine war nicht alternativlos. Führende deutsche Ökonomen kritisieren in einer aktuellen Studie, dass die Gasprelsbremse so schlecht konstruiert war, dass sie zu enormen Produktions- und Lohneinbußen geführt und dadurch den Aufstieg der AfD massiv gefördert hat.

Bei den Studienautoren handelt es sich um etablierte Regierungsberater. Der an der Universität Mannheim lehrende Volkswirt Tom Krebs war Berater von [Olaf Scholz](#), als der noch das Amt des Bundesfinanzministers bekleidete, ist Mitglied des Wirtschaftspolitischen Beirats der SPD und wissenschaftliches Mitglied der Mindestlohnkommission. Die Ökonomin Isabella M. Weber, die Volkswirtschaftslehre in den USA an der University of Massachusetts unterrichtet, war zuletzt Beraterin von [Robert Habeck](#) im wissenschaftlichen Beirat des Wirtschaftsministeriums. Dort hatte sie gegen die Energiepolitik der Regierung opponiert und sich für eine frühzeitige Gaspreisbremse mit strikten Preiskontrollen eingesetzt.

Guten Morgen, Berlin
Newsletter

Der Blick vom Alex auf die wichtigen Themen.
Täglich in Ihrem Postfach.

Abonnieren

Ja, ich möchte über weitere Beiträge informiert werden. Ich bin damit einverstanden, dass die Berliner Verlag GmbH zu diesem Zweck meine E-Mail-Adresse speichert. Diese Einwilligung kann ich jederzeit widerrufen.

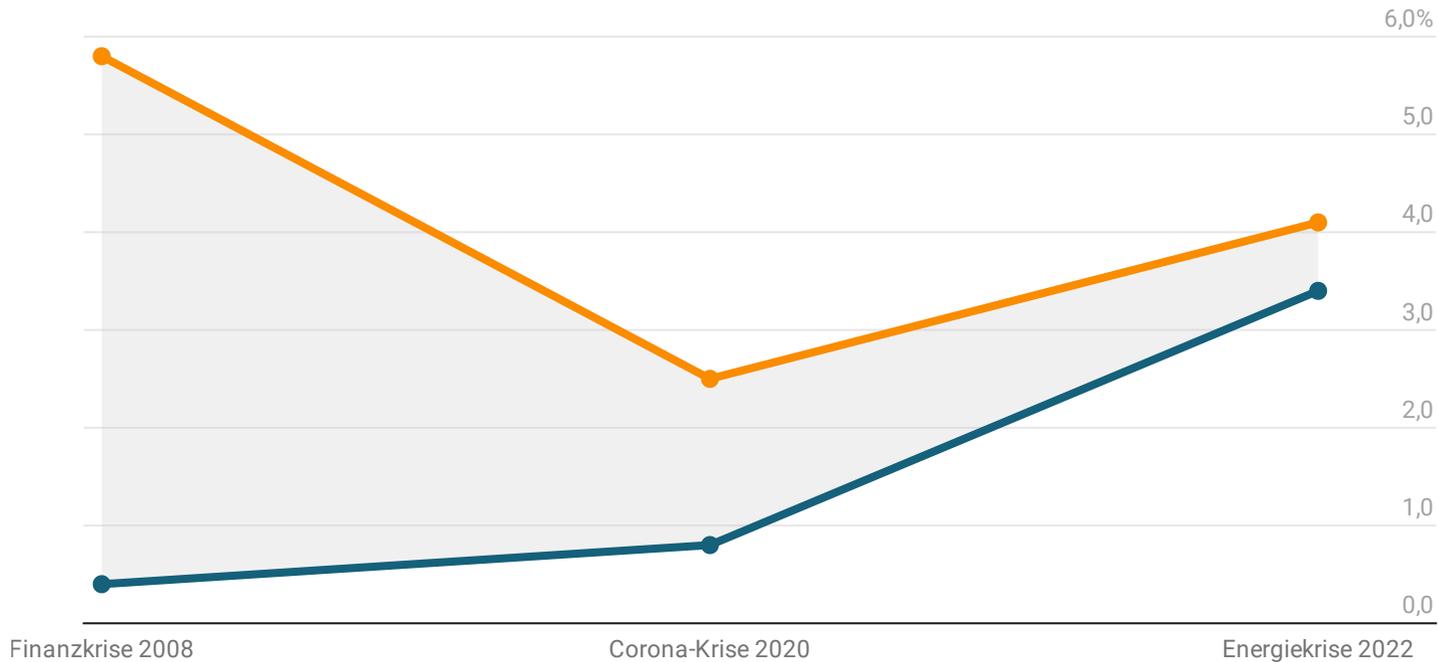
Habecks Zögern für Produktions- und Lohnverlust verantwortlich

Doch Habeck hatte nicht hören wollen. Die Autoren schreiben über die Studienergebnisse in einem [Gastbeitrag für das Fachmagazin Makronom](#), dass die Energiekrise 2022 mit hohen wirtschaftlichen und sozialen Kosten verbunden war. Die kurzfristigen gesamtwirtschaftlichen Verluste durch die Energiekrise betragen demnach mehr als vier Prozent, lagen damit über dem Produktionseinbruch während der Corona-Krise und wurden nur von den Auswüchsen der Finanzkrise 2008 übertroffen.

Kurzfristige Produktionsverluste in drei Krisen

Klicken Sie auf die Grafik für weitere Informationen:

Produktionsverluste Reallohnverluste



Grafik: Mónica Rodríguez/Berliner Zeitung • Quelle: Kurzfristige Produktions- und Reallohnverluste sind die Differenz zwischen den Vorkrisen-Prognosen und tatsächlichen Werten der jeweiligen Quartalsgrößen ein Jahr nach Krisenbeginn. Vorkrisen-Prognosen sind die Prognosewerte der Gemeinschaftsdiagnose (DIW, Ifo, IfW, IWH, RWI). • Erstellt mit [Datawrapper](#)

Die Regierung habe dadurch eine „starke Verringerung des Lebensstandards“ in Kauf genommen, „mit der Menschen weit in die Mitte der Gesellschaft hinein konfrontiert wurden“. So seien die kurzfristigen Reallohnverluste durch die Energiekrise 2022 wesentlich größer als in der Finanzkrise 2008 und der Corona-Krise 2020 gewesen. Im Jahr 2022 mussten Arbeiter und Angestellte die „höchsten Reallohnverluste in der deutschen Nachkriegsgeschichte“ verschmerzen.

Wegen der Folgen sind auch Sozialverbände alarmiert. Die Volkssolidarität, die in Berlin und Ostdeutschland über ein breites Netz von Pflege- und Beratungsstellen verfügt, sagte der Berliner Zeitung: „Wir können in unseren zahlreichen Einrichtungen wie Kleiderkammern und Suppenküchen und Beratungsstellen in Ostdeutschland beobachten, dass die Inflation als solche – auch unter Berücksichtigung der Energiekosten – Sorge bereitet.“ Die Menschen nähmen zunehmend Hilfeangebote, wie Tauschbörsen, Kleiderspenden und Lebensmittelspenden in Anspruch.



Deutsche Wirtschaft unter Druck: „Die USA sind ein Profiteur des Ukraine-Krieges“

Ukraine 19.02.2024



Energiekrise vorbei? Industrie widerspricht Habeck: „Wir stecken in einer manifesten Krise“

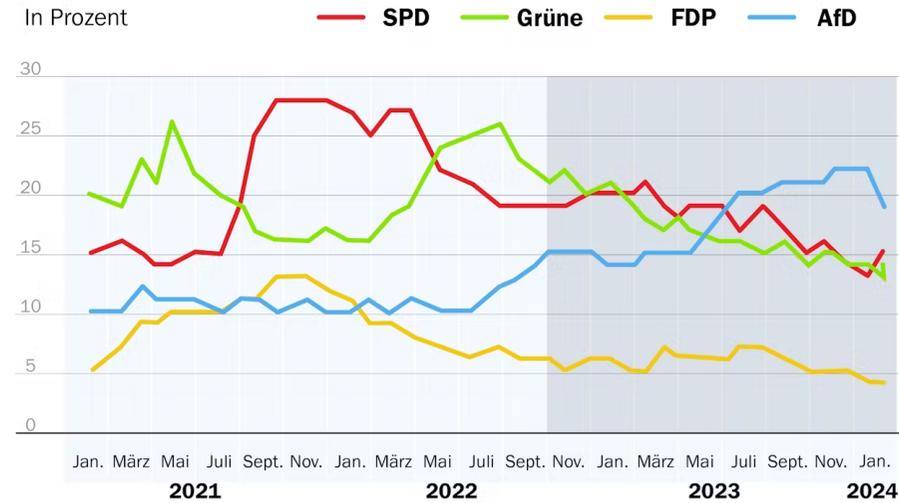
Wirtschaft 23.03.2024



Die Ökonomen Weber und Krebs analysieren die Fehlausrichtung der Energiepolitik im Detail. „Der erste politische Fehler war die verspätete Einführung der Energiepreisbremse“, schreiben sie. „Im Sommer 2022 hatten die Gas- und Strompreise schwindelerregende Höhen erreicht, und vielen Familien wurde bewusst, dass die Heizkosten im bevorstehenden Winter ins Unerschwingliche steigen könnten.“ Doch die Bundesregierung habe trotzdem eine „Politik des Abwartens“ verfolgt und zunächst sogar die Heizkosten durch eine Gasumlage noch verteuern wollen.

Im September 2022 sei die Verunsicherung innerhalb der Bevölkerung schließlich so hoch gewesen, dass die Bundesregierung nicht mehr anders konnte. Neben der Einführung einer Energiepreisbremse wurde ein Sondervermögen in Höhe von 200 Milliarden Euro zur Bekämpfung der Folgen der Energiekrise angekündigt. „Doch der politische Schaden war bereits entstanden, denn die rechtspopulistische AfD hatte im Sommer mächtig von der Verunsicherung profitiert und in Umfragen stark zugelegt“, schreiben Weber und Krebs. Die Umfragewerte für die AfD stiegen im Zeitraum Juli bis Oktober 2022 um rund 50 Prozent.

Zustimmung zu den Ampel-Parteien und zur AfD



Ergebnisse der Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF-„Politbarometer“. Antwort auf die Frage: „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, für welche Partei würden Sie stimmen?“

Grafik: Mónica Rodríguez/Berliner Zeitung

Auch die Volkssolidarität beobachtet diese Entwicklung in den Beratungsstellen in Ostdeutschland: „Die Menschen, die sich an die Volkssolidarität wenden, diskutieren darüber, dass die Gesellschaft zunehmend verrot“, erklärt der Sozialverband auf Anfrage der Berliner Zeitung. „Die Menschen spiegeln zurück, dass sie hierum besorgt sind und wünschen sich konstruktive Lösungen und weniger Polemik.“

Anfang vom Ende der Industriestärke Deutschlands

Doch nicht nur der kurzfristige Schaden bereitet den Studienautoren Sorgen. „Ein Blick auf die Daten verdeutlicht, wie bedenklich die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist“, schreiben Weber und Krebs. „Zu Beginn des Jahres 2024 gibt es immer noch keine Anzeichen für eine wirtschaftliche Erholung, und die gesamtwirtschaftliche Produktion liegt mittlerweile rund sieben Prozent und die Reallöhne rund zehn Prozent unter ihrem Vorkrisen-Trend.“

Produktion und Produktionstrend seit 2010



Quelle: Destatis/Paper: Can price controls be optimal? The economics of the energy shock in Germany.

Grafik: Mónica Rodríguez/Berliner Zeitung

Das Endergebnis der Habeck'schen Energiepolitik sei eine industrielle Gas- und Strompreisbremse gewesen, „die kaum jemand mehr wollte“ und auch kaum geholfen habe. Wenn die Bundesregierung nicht endlich das Ruder rumreißt, drohen demnach langfristige irreparable Schäden für die deutsche Wirtschaft. „Dieser Politikfehler, zusammen mit dem Fehlen einer kohärenten Industriepolitik, könnte der Anfang vom Ende der industriellen Stärke Deutschlands gewesen sein.“

Dieser Artikel wurde auf [berliner-zeitung.de](https://www.berliner-zeitung.de) veröffentlicht.